

P R O T O K O L L

über die 22. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 22. Dezember 1952 im Rathaus, großer Sitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 16 Uhr

T a g e s o r d n u n g :

Berichterstatter

Stadtrat Hans Schanovsky :

Zl. 4420/52 Jahresvoranschlag 1953.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Anwesende:

Vorsitzender: Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher
Bürgermeister-Stellvertreter Gottfried Koller
Bürgermeister-Stellvertreter Prof. Anton Neumann
Bürgermeister-Stellvertreter Dir. Franz Paulmayr.

Die Stadträte:

Enge Franz
Fellinger Josef
Lautenbach Georg
Moser August

Ribnitzky Vinzenz
Schanovsky Johann
Wabitsch Ludwig

Die Gemeinderäte:

Ebmer Hans
Eygruber Ferdinand
Fischer Karl
Franek Vinzenz
Gast Friedrich
Hochmayr Josef
Huemer Maria
Kokesch Karl
Knaller Rudolf

Moser Johann
Maurer Alois
Dipl. Ing. Pönisch Johann
Pöschl Josef
Raab Johann
Schmidberger Franz
Schierl Josef
Sieberer Michael
Zöchling Franz

Vom Magistrat:

Magistratsdirektor-Stellv. Dr. Karl Enzelmüller
Rechnungsrat Josef Baminger
Verwaltungs-Oberkommissär Josef Dambachmayr

Schriftführer:

Stary Ludwig
Postler Roland

Entschuldigt waren:

Stadtrat Stahlschmidt Friedrich und die

Gemeinderäte Bodingbauer Johann, Hofmann Franz, Kals
Margarete, Krenn Josef, Riha Karl, Wechselberger Georg.

Zu Protokollprüfern wurden Stadtrat Josef Fellingner und
Gemeinderat Karl Kokesch bestellt.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Meine Damen und Herren!

Ich begrüße Sie zur heutigen Sitzung des Gemeinderates und
erkläre diese für eröffnet und beschlußfähig.

Auf unserer heutigen Tagesordnung haben wir nur einen
Punkt. Es ist dies die Beschlußfassung über den Voran-
schlag 1953. Dieser Voranschlag ist termingemäß öffent-
lich aufgelegt und hat sich hiegegen keine Einwendung
erhoben, so daß er ohne weiteres zur Beratung vorgelegt
werden kann.

Ich bitte den Herrn Finanzreferenten zum Tagesordnungs-
punkt das Wort zu ergreifen.

Berichterstatter
Stadtrat Johann S o h a n o v s k y :

Zl. 4420/52 Jahresvoranschlag 1953.

Höher Gemeinderat, meine Damen und Herren!

Es ist unsere letzte Aufgabe in diesem Jahre unserer
Stadt den Finanzplan zu geben. Wir wollen daher heute
über diesen Gegenstand beraten und Beschluß fassen.
Der Ihnen vorliegende Voranschlag ist wie immer in dem
Bestreben erstellt, überall allergrößte Sparsamkeit an-
zuwenden. Es wurden nur die notwendigsten Aufwendungen
berücksichtigt. Auch heuer wurde wieder der reale Weg
gewählt, erst die Einnahmen-, dann die Ausgabenseite
zu erstellen, damit eine gerechte Verteilung vorgenom-
men werden kann.

Es ist heuer zum ersten Mal möglich, Ihnen einen ausgeglichenen Voranschlag vorzulegen, über den Sie heute Beschluß zu fassen haben.

Bei Gewerbe- und Grundsteuer sind die gleichen Hebesätze wie im vergangenen Jahr vorgesehen. Die Leistungen, die wir uns vorgenommen haben, und die in diesem Voranschlag ihren Niederschlag finden, wollen beweisen, daß sie in ihrer Größe einmalig sind, und wir können sehr stolz sein, wenn es gelingt, die Vorhaben alle restlos zu erfüllen.

In formaler Hinsicht wurde - wie im Vorjahre - der Voranschlag 1953 im allgemeinen entsprechend den vom Bundesministerium für Finanzen erlassenen Richtlinien für die Erstellung der Voranschläge der Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden (verlautbart im Amtsblatt der österr. Finanzverwaltung II. Jahrgang Nr. 138) erstellt.

Der Voranschlag gliedert sich demnach in einen ordentlichen und einen außerordentlichen Voranschlag, in einen Wirtschaftsplan der Städt. Unternehmungen und einen Sonderhaushaltsplan für die Stiftungen. Weiters enthält der Voranschlag in der Anlage die im Punkt VIII der vor genannten Richtlinien vorgeschriebenen Nachweise.

Der ordentliche Haushalt weist Gesamteinnahmen von S 34,120.400.-- auf, denen Gesamtausgaben in der gleichen Höhe gegenüberstehen. Der Voranschlag 1953 ist somit ausgeglichen.

Gegenüber dem Voranschlag 1952 ist bei den Einnahmen eine 30,5 %ige Erhöhung, bei den Ausgaben eine 25,5 %ige Erhöhung zu verzeichnen.

Bei Betrachtung der Einnahmenseite ist festzustellen, daß im Voranschlag 1953 die veranschlagten Steuereingänge (eigene Steuern plus Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben) mit S 23,112.900.-- rund 67,7 % der Einnahmen betragen. Die Erhöhung ist hauptsächlich auf die

Verdoppelung des Gewerbesteuerertrages von 6 Millionen auf 12 Millionen zurückzuführen.

Dies haben wir der Konjunktur der Steyr-Werke zu verdanken, die auch uns zu einer Konjunktur verhilft.

	1953
Eigene Steuern	19,412.900.--
Abgabenertragsanteile	3,700.000.--
Konzessionsabgabe	900.000.--
Gebühren	1,324.200.--
	<hr/>
Summe	25,337.100.--

das sind im Jahre 1953 74,2 % der Gesamteinnahmen gegenüber 70,8 % im Jahre 1952.

Von den präliminierten Ausgaben von S 34,120.400.-- entfallen S 28.378.000.-- auf unbedingte und bedingte Pflichtausgaben, also auf jene Ausgaben, die auf Grund gesetzlicher Vorschriften oder Verträge entstehen, bzw. die notwendig sind, um die bestehenden Gemeindevorrichtungen im geordneten Gang zu erhalten, d. s. 86 % der Gesamtausgaben.

S 5,742.400.-- oder 14 % der Gesamtausgaben entfallen für einmalige Ausgaben, somit für Neuanschaffungen, Neuherstellungen und für größere Verbesserungsarbeiten. Für die Verbesserung der Verkehrswege sind hievon allein S 3,525.000.-- vorgesehen.

Der gesamte Personalaufwand einschl. des Wirtschaftshofes, jedoch ohne Personalaufwand der Städt. Unternehmungen, ist im Jahre 1953 mit S 8,810.100.--, d. s. 25,8 % der Gesamtausgaben, veranschlagt gegenüber S 8,153.400.-- im Jahre 1952 mit 30 % der Gesamtausgaben. In diesem Aufwand sind auch die Bezüge der Bediensteten des Städt. Wirtschaftshofes mit S 1,777.900.-- und jene der Bediensteten des Wasserwerkes mit S 273.900.-- enthalten, die vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen als Sachaufwand zu bezeichnen sind. Der Personalaufwand für die reine Verwaltung, ohne den Personalaufwand der beiden vorgenannten Einrichtungen, einschl. des Personalaufwandes für die Schulen und Versorgungsanstalten und einschl. der Ruhegenüsse beträgt demnach nur S 6,758.300.-- bzw. 19,8 % der Gesamtausgaben.

Für die allgemeinen Amtserfordernisse (Kanzleibedarf, Kanzleieinrichtung, Porto- und Telefongebühren usw.) sind S 488.700.-- vorgesehen, das sind 1,4 %; für Gebäudeerhaltungs- und Gebäudebenützungskosten, das ist für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Amtsgelände einschl. der Schulen und Versorgungsanstalten und für Gebäudeerhaltungskosten und Gebäudebetriebskosten für öffentliche Gebäude und Wohnhäuser der Stadtgemeinde, sind S 2,398.400.-- veranschlagt, d. s. 7 % der Gesamtausgaben.

1. Ordentlicher Haushalt.

Das Kapitel 0 "Allgemeine Verwaltung" mit Gesamteinnahmen von S 351.200.-- und Gesamtausgaben von S 3,474.900.-- erfordert einen Zuschußbedarf von S 3,123.700.--, gegenüber S 2,689.400.-- des Vorjahres. In dieser Gruppe sind fast ausschließlich pflichtgemäße Verwaltungsausgaben enthalten.

Im Kapitel 1 "Polizei" mit einem präliminierten Zuschußbedarf von S 1,188.400.-- ist der Polizeikostenbeitrag in Höhe von S 736.400.-- die Hauptausgabe, das sind ca. S 20.-- pro Kopf der Bevölkerung.

Das Kapitel 2 "Schulwesen" weist Einnahmen von S 162.300.-- auf, denen Ausgaben von S 2,770.700.-- gegenüberstehen. Der Zuschußbedarf beträgt demnach S 2,608.400.--. Außerdem sieht der außerordentliche Haushalt noch einen Bauaufwand von S 3,435.000.-- vor, sodaß der Gesamtaufwand für das Schulwesen S 6,043.400.-- beträgt.

Gegenüber dem Vorjahre hat sich im ordentlichen Haushalt der Zuschußbedarf um rund S 280.000.-- gesenkt, was vor allem auf die Verringerung einmaliger Aufwendungen bei den Volks- und Hauptschulen zurückzuführen ist.

Der immerhin beachtliche Zuschußbedarf von S 2,608.400.--

verteilt sich wie folgt:

1.) für die allgemeine Schulverwaltung	S	73.200.--
2.) für die Volks- und Hauptschulen	"	1,655.000.--
3.) für die gewerbl. und kaufmänn. Berufsschulen	"	31.800.--
4.) für die Städt. Handelsschule	"	153.100.--
5.) für die gewerbl. und hauswirtschaftli- che Frauenberufsschule	"	309.000.--
6.) für das Realgymnasium	"	356.700.--
7.) für die Stadtbildstelle	"	5.600.--
8.) für das sonstige Schulwesen	"	24.000.--

Das Kapitel 3 "Kultur- und Gemeinschaftspflege" mit Ein-
nahmen von S 106.200.-- und Ausgaben von S 418.900.-- er-
fordert einen Zuschußbedarf von S 312.700.-- gegenüber
S 390.000.-- des Vorjahres. Während die Verwaltung des Kul-
turamtes einschließlich der vom Kulturamt durchgeführten
Veranstaltungen einen Zuschußbedarf von S 93.600.-- er-
fordert, der durch Subventionen sicherlich verringert
werden dürfte, sind S 100.000.-- als kulturfördernde Bei-
träge an Vereine und Organisationen vorgesehen. Das Hei-
mathaus (Museum) sieht einen Zuschußbedarf von S 53.900.--
vor, um rund S 35.000.-- weniger als im Vorjahre und zwar
durch Verringerung der einmaligen Investitionskosten.

Einen großen Aufwand erfordert das Kapitel 4 "Fürsorge-
wesen und Jugendhilfe". Der Voranschlag 1953 sieht hie-
für Ausgaben von S 5,987.500.-- vor gegenüber S 5,716.200. -
des Jahres 1952, d. s. 17,55 % der Gesamtausgaben, denen
Einnahmen von S 2,353.300.-- gegenüberstehen. Der Zuschuß-
bedarf beträgt demnach S 3,634.200.-- gegenüber S 3,467.200.-
des Vorjahres.

Außer dem im ordentlichen Haushalt anfallenden Kostenauf-
wand sind im außerordentlichen Haushalt Aufwendungen für
den Zubau zum Versorgungsheim II am Tabor von S 3,000.000.-
(Baurate) enthalten, sodaß ein Gesamtaufwand für das Für-
sorgewesen und Jugendhilfe von S 6,634.200.-- veranschlagt

ist. Hieraus ist zu ersehen, daß die Gemeinde, so wie in den Vorjahren der Sorge um die Wohlfahrt der Bedürftigen und für die Jugendhilfe nach besten Kräften Rechnung trägt. Gegenüber dem Vorjahre ist eine Erhöhung insofern erfolgt, als auch Maßnahmen für schulentlassene Jugendliche mit einem veranschlagten Kostenaufwand von S 300.000.- geplant sind, eine notwendige Maßnahme, um Jugendlichen, die keinen Lehrplatz erlangen können, zur Weiterbildung Gelegenheit zu bieten und sie von den Gefahren der Straße abzuhalten.

Die offene Fürsorge erfordert einen Zuschußbedarf von

die geschlossene Fürsorge einen solchen von	" 844.000.-
die verschiedenen Hilfsaktionen	" 737.800.--
die Einrichtungen der Jugendhilfe und Fürsorgeerziehung	" 155.000.--
die neun Städt. Kindergärten, in denen rund 500 Kleinkinder betreut werden,	" 500.000.--
	" 842.000.--.

Das Kapitel 5 "Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung" weist einen Zuschußbedarf von S 452.900.-- auf, gegenüber einem solchen des Voranschlag 1952 von S 511.900.-- um S 59.000.-- weniger. Die Minderung ist auf einen geringeren Kostenaufwand für einmalige Ausgaben zurückzuführen. Für die allgemeine Förderung des Sportwesens ist wie im Vorjahre auch für 1953 eine Ausgabe von S 150.000.-- veranschlagt.

Das Kapitel 6 "Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen" weist mit 18,22 % der Gesamtausgaben die größten Erfordernisse auf. Die Gesamtausgaben dieser Gruppe sind mit S 6,210.400.-- veranschlagt, denen Einnahmen von S 418.100.-- gegenüberstehen, sodaß der Zuschußbedarf S 5,798.300.-- beträgt gegenüber S 1,956.300.-- des Voranschlagsjahres 1952. Diese große Differenz ist zufolge der günstigen Einnahmewicklung mit der Aufnahme größerer einmaliger Aufwandskosten für Straßenverbesserungen begründet, während im Jahre 1952 derartige Investitionen im außerordentlichen Haushalt veranschlagt werden mußten. Von den Gesamtausgaben von

S 6,216.400.-- entfallen allein auf einmalige Ausgaben S 3,031.000.-- und hievon wieder auf Verbesserung des Straßenzustandes S 2,825.000.--, in der Hauptsache Pflasterungen und Straßenregulierungsarbeiten.

Sie finden auf Seite 67 des Voranschlages alle Straßen und Wege angeführt, welche wir einer Verbesserung zuführen wollen. Zunächst sind dies folgende Ausgaben, die in Frage kommen:

Pflasterung d. Bertl_Konrad-Straße	250.000.--
Pflasterung d. Redtenbachergasse	150.000.--
Pflasterung d. Johannesgasse zwischen Pachergasse und Haratzmüllerstraße	110.000.--
Pflasterung der Fabriksstraße mit Altwürfel 2.000 m ²	160.000.--
Ausbau der Seifentruhestraße - Verlängerung	100.000.--
Pflasterung und Regulierung der Haratzmüllerstraße im Teilstück Johannesgasse bis Bahnhofstraße 1.200 m ²	220.000.--
Siedlung Ennserstraße - Gehsteigherstellung und Straßenteerung	160.000.--
Pflasterung und Regulierung der Damberggasse zwischen Bahnhofstraße und Bahndurchlaß	250.000.--
Gehsteigherstellung der Schwimmschulstraße	80.000.--
Straßenbau bei den Volkswohnungen am Tabor	200.000.--
Straßenbau beim Kino Münichholz samt Vorplatz	35.000.--
Regulierung und Pflasterung des Stadtplatzes einschließlich der Änderung der Oberflächenentwässerung ohne Wasserleitung und Kanal	900.000.--
Grundeinlösung in der Wolfernerstraße	10.000.--
Grundeinlösung für neue Verkehrsstraßen	200.000.--
Summe	<u>3,525.000.--</u>

Im außerordentlichen Haushalt ist weiters zur Bekämpfung der drückenden Wohnungsnot in Fortsetzung der bereits im Jahre 1952 begonnenen Wohnungsbauten ein weiterer Neubau eines Wohnblockes mit einem Aufwand von 6 Millionen Schilling veranschlagt.

Es ist aber auf Grund der zur Verfügung stehenden Mittel nicht möglich, die Wohnungsnot entsprechend zu bekämpfen. Es muß daher weiterhin an Bund und Land herantreten werden, und müssen Ansuchen um Zuschüsse von dort gestellt werden. Die Fortführung des Wohnbauprogrammes ist ein Beweis der Bemühungen der Stadtverwaltung eine schrittweise und fühlbare Besserung auf dem Wohnungsmarkt zu erreichen.

Das Kapitel 7 "Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung" mit Einnahmen von S 5,058.500.-- und präliminierten Ausgaben von S 8,867.500.-- bedarf eines Zuschusses von S 3,809.000.-- gegenüber S 2,474.100.-- des Voranschlages 1952. Auch dieser große Unterschied von S 1,334.300.-- ist durch die Veranschlagung größerer einmaliger Aufwendungen begründet. So ist im Unterschnitt 711 für die äußerst notwendige Verbesserung und Erweiterung der Straßenbeleuchtung ein doppelt so hoher Betrag wie im Jahre 1952 und zwar S 590.000.-- vorgesehen, weiters sind für Kanalbauten samt Projektskosten S 718.000.-- als einmalige Ausgaben veranschlagt und für die Rationalisierung des Wirtschaftshofbetriebes, insbesondere für die Rationalisierung des Schotterwerkes S 347.500.-- präliminiert.

Der Zuschußbedarf dieser Verwaltungsgruppe verteilt sich unter anderem auf:

a) Straßenbeleuchtung	S 919.500.--
(hievon S 590.000.-- einmalige Ausgaben)	
b) Straßenreinigung einschl. Oberflächenbehandlung	" 770.000.--
c) Stadtentwässerung	" 827.000.--
(hievon S 718.000.-- einmalige Ausgaben)	
d) Feuerwehrwesen	" 355.400.--
(hievon S 79.500.-- einmalige Ausgaben)	
e) Park- und Gartenanlagen einschl. Stadtgärtnerei	" 193.200.--
f) Städt. Wirtschaftshof	" 347.500.--
nur einmalige Ausgaben	
g) Wasserversorgung.	" 322.600.--
hievon S 128.000.-- einmalige Ausgaben	

Die Einnahmen des Kapitels 9 "Finanz- und Vermögensverwaltung" sind veranschlagt mit S 25,379.000.--
die Ausgaben mit " 4,462.500.--
ergibt einen Überschuß von S 20,916.500.--
gegenüber S 14,476.600.-- im Voranschlag 1952, der auf die Verdoppelung des Ertrages an Gewerbesteuer zurückzuführen ist.

Von den Einnahmen dieser Verwaltungsgruppe dominieren die Steuern wie folgt:

	1953	1952
a) Grundsteuer A und B	1,940.000.--	1,865.000.--
b) Gewerbesteuer	12.000.000.--	6,000.000.--
c) Lohnsummensteuer	3,800.000.--	3,200.000.--
d) Getränkesteuer	870.000.--	670.000.--
e) Lustbarkeitsabgabe	670.000.--	600.000.--
f) Sonstige Steuern	132.900.--	116.000.--
	<hr/>	<hr/>
	19,412.900.--	12,451.000.--
g) Abgabenertragsanteile	3,700.000.--	4,000.000.--
	<hr/>	<hr/>
	23,112.900.--	16,451.000.--

Die günstige Steuereinnahmeentwicklung ist vor allem auf die Vollbeschäftigung in dem einzigen Großbetrieb der Stadt, den Steyr-Werken, zurückzuführen. Dieser Großbetrieb ist sozusagen der Lebensnerv der Stadt. Die Betriebsbilanz dieses Großunternehmens widerspiegelt sich in der Haushaltsbilanz der Stadtverwaltung, wie dies auch im Voranschlag 1953 in der Verwaltungsgruppe 9 zum Ausdrucke kommt.

Die Abgabenertragsanteile sind gegenüber dem Jahre 1952 zufolge der Erhöhung des Bundespräzipitums um S 300.000.-- geringer präliminiert.

Dies wäre alles zum ordentlichen Haushalt zu sagen gewesen. Wir kommen zum außerordentlichen Haushalt.

2. Außerordentlicher Haushalt.

Veranschlagte Gesamteinnahmen	S	14,400.000.--
Veranschlagte Gesamtausgaben	"	18.016.000.--
		<hr/>
Abgang	S	3,616.000.--

Im Voranschlag für den außerordentlichen Haushalt sind zum Teil Vorhaben zur Fortführung bzw. Fertigstellung enthalten, zum Teil sind neue Vorhaben dringendster Art aufgenommen. Diese sind natürlich nur ein Teil, sozusagen das Jahresprogramm einer Fülle von durchzuführenden kommunalen Aufgaben, die der Stadt noch harren. Aber selbst die im außerordentlichen Haushalt 1953 aufscheinenden neuen Vorhaben können zeitlich und tatsächlich nur in dem Maße durchgeführt werden, als für sie eine Bedeckung gegeben ist, bzw. es gelingt, eine solche zu schaffen.

Der außerordentliche Haushalt sieht vor:

- a) einen Aufwand für die Aufstockung des Seitentraktes im Rathaus S 300.000.--
- b) an Leistungen für Rückstellungen und Behebung von Bombenschäden (Abtragung der Spitalsmühle) S 215.000.--
- c) einen Aufwand für das Schulwesen von S 3,585.000.--

Werter Gemeinderat!

Zur Linderung der dringendsten Schulraumnot ist es unbedingt erforderlich, daß auf der Ennsleite eine 20-klas-sige Volks- und Hauptschule gebaut wird. Die jetzigen Schulräume können nach Errichtung dieses Baues für Wohnungen verwendet werden. Es ergeben sich dadurch 20 Wohnungen, welche im übrigen seinerzeit schon bestanden hatten und in Schulräume umgebaut worden sind. Es soll durch diesen Schulbau auf zwei Seiten geholfen werden, einmal neue Schulräume zu schaffen und zum anderen die Wohnungsnot wieder ein wenig zu lindern.

Wir wollen nun aber auch an die alten Leute denken und ihnen ein anständiges Heim bauen. Es sind hierfür insgesamt S 6,000.000.-- vorgesehen und soll ein Zubau zum bestehenden Versorgungsheim in der gleichen Größe wie dieses geschaffen werden. Im Jahre 1953 wird es nur möglich sein, die Hälfte der genannten Summe für den Rohbau aufzuwenden. Es wären dies 3 Mill. Schillinge. Im Voranschlag des a. o. H. ist daher vorgesehen:

- | | |
|--|----------------|
| d) eine Baurate für den Zubau zum Versorgungsheim II am Tabor | S 3,000.000.-- |
| e) die Restabwicklung des Baues eines Amtsgebäudes in der Redtenbachergasse (Gesundheitsamt) | " 1,200.000.-- |
| f) an Aufwendungen für den Teilausbau von Sportplätzen | " 1,000.000.-- |

Wir wollen weiterhin für unsere sportbegeisterte Jugend Spiel- und Sportplätze schaffen. Der Sportplatz in Münichholz wird weiter ausgebaut werden. Hiefür werden S 1,000.000.-- aufzuwenden sein.

Die Krönung des a. o. H. ist wiederum die Fortsetzung des Wohnbauprogrammes. Es soll ein neuer Wohnblock am Tabor errichtet werden, wofür S 6,000.000.-- aufgewendet werden.

- | | |
|---|----------------|
| g) für den Neubau eines Wohnblockes am Tabor | 6,000.000.-- |
| h) für Straßen- und Wasserbauten | S 715.000.-- |
| i) an Aufwendungen für den Städtischen Wirtschaftshof | " 50.000.-- |
| k) für die Erweiterung der Städt. Wasserversorgung | " 891.000.-- |
| l) an Beiträgen für den Bau von Autobuswartehallen | " 60.000.-- |
| m) an Investitionsdarlehen an das Gaswerk Steyr | " 1,000.000.-- |

Die Durchführung aller dieser Vorhaben würde S 18,000.000.-- erfordern, wovon nur S 14,000.000.-- zur Verfügung stehen.

Entweder müssen verschiedene Vorhaben im Laufe des Jahres zurückgestellt werden, oder ergeben sich Möglichkeiten zur Deckung dadurch, daß unsere Einnahmen sich erhöhen, oder werden wir Sie im Laufe des Jahres einmal zu einer Sitzung zusammenrufen, um über die Aufnahme eines Darlehens zu beraten.

3. Wirtschaftsplan des Städt. Wirtschaftshofes.

Der Wirtschaftsplan des Städt. Wirtschaftshofes sieht einen Aufwand von S 3,651.600.-- vor. Hievon betragen die Personalausgaben S 2,563.600.--, der Sachaufwand S 777.000.-- und die Erneuerungsrücklage S 311.000.--. Die Ausgaben sind in gleicher Höhe durch Einnahmen gedeckt, sodaß die Gebarung des Wirtschaftshofes ohne einen Abgang oder einen Überschuß veranschlagt aufscheint.

Die Leistungen des Städt. Wirtschaftshofes werden in den einzelnen Dienststellen als Sachaufwand angerechnet und werden die Arbeiten, bzw. Aufwände auf ihre Konkurrenzfähigkeit laufend kontrolliert.

4. Wirtschaftsplan der Städt. Unternehmungen.

Der Wirtschaftsplan der Städt. Unternehmungen sieht vor:

Gesamteinnahmen	S	2,429.650.--
Gesamtausgaben	"	2,404.900.--
Gesamtgewinn	S	24.750.--
Dieser teilt sich auf:		
Verkehrsbetrieb, Gewinn	S	15.200.--
Reklame, Gewinn	"	2.800.--
Bestattung, Gewinn	"	5,950.--
Krematorium und Leichenhalle, Gewinn	"	800.--

Dieser Voranschlag berücksichtigt nicht Einzelinteressen, sondern dient der ganzen Bevölkerung und wenn Sie hiezu Ihre Zustimmung geben, so ist das ein Beweis dafür, daß der Voranschlag mit Überlegung und Sachlich-

keit ausgearbeitet wurde. Sachlich könnte man gewiß viele Posten kritisieren, wenn man sich von Haus aus zur Sache negativ einstellt. Wer aber den guten Willen zur positiven Mitarbeit mitbringt, wird zugeben müssen, daß der Voranschlag nicht anders aussehen konnte.

Das städtische Kontrollamt soll beauftragt werden, die genaue Einhaltung dieses Voranschlages ständig zu überwachen, die Möglichkeit von Einsparungen zu überprüfen und das Ergebnis laufend zu berichten.

Am Schluß möchte ich noch den bewährten Mitarbeitern bei der Erstellung des Voranschlages meinen Dank aussprechen.

Der Finanz- und Rechtsausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 10. Dezember 1952 mit dem Voranschlag eingehend beschäftigt und legt Ihnen zur Beschlußfassung folgenden Antrag vor:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr wolle beschließen:

I. Als Grundlage der Finanzierung der Stadtgemeinde Steyr für das Verwaltungsjahr 1953 wird der Voranschlag 1953 genehmigt und zwar:

1. Der ordentliche Haushalt

a) mit Gesamteinnahmen von	S	34,120.400.--
und Gesamtausgaben von	"	34,120.400.--
<u>Überschuß</u>		
Abgang	S	- . . -
b) mit Reineinnahmen von	S	29,213.800.--
und Reinausgaben von:	"	29,213.800.--
<u>Überschuß</u>		
Abgang	S	- . . -

2. Der außerordentliche Haushalt

mit Gesamteinnahmen von	S	14,400.000.--
und Gesamtausgaben	"	18,016.000.--
Abgang	S	3,616.000.--

3. Der Wirtschaftsplan der
Städt. Unternehmungen

mit Gesamteinnahmen von	S	2,429.650.--
und Gesamtausgaben von	"	2,404.900.--
		<hr/>
Gewinn	S	24.750.--

II. Die Bauvorhaben des außerordentlichen Haushaltes können nur in dem Ausmaße durchgeführt werden, als tatsächliche Deckung vorhanden ist.

III. Die Steuersätze werden für Gemeindeabgaben für das Jahr 1953 in der gleichen Höhe wie für das Jahr 1952 wie folgt festgesetzt:

1. Gewerbesteuer

- a) nach dem Gewerbeertrag und Kapital Hebesatz 300 v.H.
- b) Zweigstellensteuer " 390 " "
- c) Lohnsummensteuer 2 v. H. der Lohnsumme " 1000 " "
- d) Zweigstellensteuer nach der Lohnsumme
2.6 v. H. der Lohnsumme bzw. Hebesatz " 1300. " "

2. Grundsteuer

- a) Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe Hebesatz 400 v.H.
- b) Grundsteuer B für andere Grundstücke, soweit sie nicht nach dem Erstarrungsbetrag zu erheben ist " 420 " "
- c) Grundsteuer nach dem Erstarrungsbetrag in der Höhe von " 200 " "
(= dem zweifachen des ursprünglichen Erstarrungsbetrages)

Wo die im Jahre 1950 erfolgte Erhöhung der Grundsteuer zu Härten führt, kann der Stadtrat nach den vom Gemeinderat in der Sitzung am 28. II. 1950 genehmigten Richtlinien Ermäßigungen und Befreiungen von der Steuererhöhung, bzw. Zuschüsse zum Mietzins bewilligen.

Ich bitte Sie, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu geben.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Ich eröffne die Debatte und zwar vorerst bezüglich des

ordentlichen Haushaltes. Ich ersuche um Wortmeldungen.
Bitte, Herr Stadtrat Enge!

Stadtrat Franz Enge:

Sehr verehrter Gemeinderat!

Im o. H. erscheint erstmalig eine Post, die es verdient, näher betrachtet zu werden. Auf Seite 55 unter VP 481-56 sind Mittel vorgesehen, zur Durchführung von Maßnahmen für schulentlassene Jugendliche. Es scheint diese Post erstmalig im Budget auf und ich möchte hiezu einige Aufklärungen und einige nähere Hinweise geben, die jeder wissen soll.

Es handelt sich um Maßnahmen, vorwiegend für schulentlassene Jugendliche, die ins Leben hinaus treten. Im Jahre 1951 haben in Steyr 189 Buben und Mädchen die Schulen verlassen. Im Jahre 1952 waren es bereits 222 Buben und 195 Mädchen. Ich will ganz kurz aufzeigen, was mit diesen geschehen ist. Ich kann Ihnen mitteilen, daß es gelungen ist, sämtliche Jugendliche in das Wirtschaftsleben einzubauen, sei es in Lehrstellen oder in höhere Schulen. So wurden unter anderem in Steyr im Jahre 1952 136 Jugendliche durch das Arbeitsamt vermittelt, 19 besuchen die Bundesgewerbeschule. Mit einem Wort, es war möglich, alle Schulentlassenen unterzubringen. Wie wird das aber im Jahre 1953 sein, wo 477 Buben und 380 Mädchen aus den Schulen kommen, also doppelt so viele, als es im vergangenen Jahre waren?

Erwähnen möchte ich noch, daß von allen Schulabgängern nur ca. 65 % das Schulziel erreichen. Es muß auch hier Sorge getragen werden, daß man die Kinder dazu bringt, zu einem höheren Prozentsatz das Lehrziel zu erreichen.

Im vergangenen Jahr war es möglich, wie ich bereits gesagt habe, alle Schulentlassenen in das Wirtschaftsleben einzubauen. Es war aber nur eben gerade möglich, die

Kinder unterzubringen und zu sorgen, daß fast keine mehr ohne irgend eine Beschäftigung übriggeblieben sind. Es wird 1953 aller Voraussicht nach, nicht mehr möglich sein, daß die private Wirtschaft alle diese Kinder aufsaugt. Daß diese Jugendlichen nicht der Straße preisgegeben werden, dafür soll mit diesen Mitteln vorgesorgt werden. Welche Maßnahmen das sein werden, das soll in zweiter Linie hier später diskutiert werden. Als Stadtgemeinde sind wir verpflichtet, einen Teil zur Lösung dieses Problems beizutragen und es müssen darüber hinaus alle Stellen der Wirtschaft und Politik daran interessiert sein, diesen kommenden Bürgern unseres Landes den Start ins Leben zu erleichtern.

Dies wollte ich nur ganz kurz als Aufklärung zu diesem Punkt bringen.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Wer wünscht als Nächster zu sprechen? Herr Kollege Neumann, ich bitte.

Bürgermeister-Stellvertreter Prof. Anton Neumann:

Meine Damen und Herren!

Ich begrüße es, daß Kollege Enge diese Frage zur Erörterung gestellt hat. Im Stadtrat ist schon einige Male darauf hingewiesen worden, daß etwas vorzusorgen sei. Das Ergebnis sind nun diese S 300.000.--, welche im Voranschlag aufscheinen. Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß ein Komitee aus berufenen Kreisen aufgestellt wird, welches sich unmittelbar nach Beginn des neuen Jahres damit beschäftigen soll, entsprechende Einrichtungen zu schaffen.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Kollege Moser wünscht hiezu noch das Wort, ich bitte.

Stadtrat August Moser:

So wünschenswert es ist, daß Vorsorge für schulentlassene Jugendliche getroffen wird, so möchte ich doch noch auf ein Kapitel verweisen, welches nicht auf - scheint und das meiner Ansicht nach von grundlegender Bedeutung ist.

Die erhöhte Anzahl von Arbeitslosen im Jahre 1952 würde es rechtfertigen, daß auch hierfür eine Post eingesetzt wird und wieder ein Winterarbeitsprogramm durchgeführt wird. Ich möchte beantragen, daß auch in dieser Hinsicht etwas getan wird.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Bitte, Herr Gemeinderat Hochmayr.

Gemeinderat Hochmayr Josef:

Eine Seite weiter sehen wir das Kapitel "Städtische Kindergärten". Der ordentliche Haushalt 1953 weist hierfür einen Aufwand in der Höhe von S 941.700.-- auf. Der Reinzuschuß aus Mitteln des o. H. liegt in Höhe von S 842.000.--.

Hiezu möchte ich einiges sagen. Die städtischen Kindergärten werden von rund 500 Kindern besucht. In der Stadt Steyr leben laut Personenstandsaufnahme vom 10. Oktober 1951 2.761 Kinder im Alter von 2 bis 6 Jahren. Davon sind 1.353 Buben und 1.408 Mädchen. Auf die städtischen Kindergärten entfällt davon ein Besuch durch rund 500 Kinder. Die privaten Kindergärten werden von ungefähr 350 Kindern besucht, so daß in Steyr rund 850 Kinder in Kindergärten betreut werden. Es sind dies 30,7 % der gesamten Kinderanzahl. Von diesen 30,7 % entfallen 18,1 % auf die städtischen und 12,6 % auf die privaten Kindergärten. Es liegt meiner Ansicht nach daher im allgemeinen Interesse, daß auch die privaten Kindergärten durch die Stadtgemeinde unterstützt und gefördert werden.

Als Begründung für meine Ansicht führe ich noch an, daß die Gemeinde derzeit gar nicht in der Lage ist, sämtliche in Frage kommende Kinder in die städtischen Kindergärten aufzunehmen. Durch deren Aufnahme würde sich die entsprechende Ausgabepost um rund $\frac{2}{3}$ erhöhen, was auf die Dauer untragbar sein würde. Wenn die private Hand der Stadt eine so große Last abnimmt, erscheint die Stadtgemeinde wohl verpflichtet, hiefür eine kleine Unterstützung auszuwerfen.

Ich stelle daher namens der ÖVP-Fraktion den Antrag auf Gewährung einer Subvention an die privaten Kindergärten für das Jahr 1953 in Höhe von S 120.000.--. Diese Summe beträgt lediglich das dreifache der Ausgabepost Nr. 95, die für Einrichtungsgegenstände einschließlich Spiel- und Sportgeräte vorgesehen ist.

Zur Deckung dieser beantragten Ausgabe schlagen wir folgendes vor: Im a. o. H. sind für den Teilausbau von Sportplätzen S 1,000.000.-- vorgesehen. Von dieser Post könnten diese S 120.000.-- abgezogen und an den ordentlichen Haushalt übertragen werden. Die hier ausfallenden Gelder könnten durch Eigenarbeit der sportinteressierten Jugend, ev. durch Verkauf von Bausteinen ausgeglichen werden. Diese Post des a. o. H. wird deshalb herangezogen, weil der Bau des Sportplatzes durch die bisher ergriffenen Maßnahmen bereits als sicher angesehen werden kann.

Wir ersuchen um Berücksichtigung dieses Antrages.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Herr Kollege Pöschl wünscht zu sprechen.

Gemeinderat Josef Pöschl:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Hiezu glauben wir doch sagen zu müssen, daß wir als Ge-

meinderat über öffentliche Gelder zu beschließen haben und ich bin der Meinung, daß wir vor allem bestrebt sein müssen, die öffentlichen Stätten, die die Gemeinde unterhält, mit zu unterstützen. Die Verpflichtung, private Einrichtungen zu unterstützen obliegt uns wohl nicht. Es stimmt nicht, wenn bei der Verteilung von Subventionen von meinem Vorredner die Zahlen 18 % und 12 % aufgezeigt worden sind, sondern man müßte richtiger sagen, daß 18,1 % der Kinder die städtischen Kindergärten besuchen und die übrigen Kinder ebenfalls berechtigt wären, an diesen öffentlichen Einrichtungen teilzunehmen. Wenn nun private Stellen auch Kindergärten errichten, so liegt es allein in deren Interesse, diese auch zu erhalten. Wir könnten uns sonst auch vorstellen, daß einige Herren von uns ebenfalls Kindergärten errichten, und dann an die Gemeinde herantreten, sie aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen. Es erscheint mir dies keineswegs als angebracht, da Bund und Land, welche ebenfalls in erster Linie die Gesamtinteressen zu vertreten haben, dies auch ablehnen. Wir dürfen uns nicht verzetteln und private Interessen unterstützen, wenn dies auch nur aus dem Bestreben für unsere Kinder vorzusorgen, entspringen sollte.

Ich erkläre namens meiner Fraktion, daß wir diesem Antrag nicht zustimmen können.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Herr Kollege Moser wünscht zu sprechen.

Stadtrat August Moser:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich möchte im o. H. noch eine Post aufzeigen, die mir zu gering vorkommt. Es handelt sich um den unter "Belohnungen und Aushilfen" eingesetzten Betrag.

Ich glaube, es ist allgemein bekannt, daß die Gehälter der kleinen Angestellten sehr bescheiden sind. Wenn auch in der letzten Sitzung des Stadtrates die Bezüge einiger Angestellter erhöht wurden, so bezieht der Großteil derselben noch sehr geringe Gehälter. Es ist mir bekannt, daß die Gehälter tariflich mit der Gewerkschaft vereinbart wurden, und hiefür gewisse Richtlinien vorgeschrieben sind. Durch die Gewährung von Zuwendungen wäre der Gemeinde jedenfalls die Möglichkeit gegeben, diese Gehälter zu erhöhen. Der Betrag von S 7.000.— der für das ganze Jahr vorgesehen ist, erscheint mir mehr als bescheiden. Wir würden beantragen, daß diese Summe auf S 200.000.— erhöht wird, damit laufend entsprechende Zuwendungen gewährt werden können.

Der Voranschlag weist außerdem noch eine Reihe von Erhöhungen auf, die wiederum den Einzelnen treffen, ohne daß für diesen eine Möglichkeit bestünde, diese neuen Ausgaben irgendwie hereinzubringen.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Wer wünscht noch zu sprechen?

Gemeinderat Josef Hochmayr:

Zu den Ausführungen des Vorredners möchte ich einiges bemerken. Das Verhältnis der Lastenverteilung ist so, daß jeder die Lohnsummensteuer und Gewerbesteuer mitbezahlen muß. Wenn wir den privaten Kindergärten eine Subvention verweigern, so glaube ich, daß wir uns der öffentlichen Meinung nicht ohne Kritik entziehen werden können.

Ich möchte Herrn Pöschl herzlich bitten, diese Sache doch nochmals zu überlegen. Wir müssen rechnen, was würden der Gemeinde die Kindergärten kosten, wenn die private Hand ausgeschaltet wäre. Es fragt sich, ob wir überhaupt die Möglichkeit hätten, dann alle Kinder

unterzubringen, wenn die privaten Kindergärten aufgelassen würden. Wir haben die Wirtschaftlichkeit hier zu überprüfen. Wenn uns von Seite der Arbeiter und Angestellten Sorgen bezüglich der Kindergärten auf den privaten Sektor vorgetragen werden, so müssen wir darauf hören. Gerade hier ist das Forum, welches über öffentliche Gelder verfügt, und ist daher auch unsere Sache, diese Frage zu beantworten.

Indirekt ist von Herrn Pöschl auch die Frage der öffentlichen und privaten Schulen aufgerollt worden. Wenn die Schulfrage überall so wäre, wie die Frage der Kindergärten in Steyr, so wäre der Bund wohl ohne weiteres bereit, Zuschüsse zu geben. Wenn eine private Stelle so viele Kinder, die ansonsten die öffentlichen Mittel belasten würden, betreut, so ist die Forderung nach einer Subvention wohl berechtigt, und müßte sie von der Gemeinde im Voranschlag auch berücksichtigt werden.

Ich möchte Sie daher auch ersuchen, Ihre Stellungnahme zu überlegen, und dem Antrag auf Gewährung einer einmaligen Unterstützung an die privaten Kindergärten die Zustimmung zu geben.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß nach dem Gemeindestatut der Stadt Steyr jeder Gemeinderat zu einem Antrag nur höchstens zweimal das Wort ergreifen darf.

Herr Kollege Neumann wünscht zu sprechen.

Bürgermeister-Stellvertreter Prof. Anton Neumann:

Meine Damen und Herren!

Namens meiner Fraktion gebe ich keine Erklärung zu dem Antrag der ÖVP ab. Ich überlasse es jedem Einzelnen seinem Gewissen entsprechend bei der Abstimmung hierüber zu entscheiden.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Wer wünscht als Nächster das Wort?

Gemeinderat Josef Pöschl:

Es ist nicht so, wie Kollege Hochmayr meint. Diesmal sind wir erstmalig seit 1945 mit einem ernstem Problem überrascht worden. Wir sind es gewöhnt, über solche Sachen vorerst in den einzelnen Ausschüssen zu beraten. Wir haben hiezu die Bürgermeister, das Präsidium, die Einrichtung der Fraktionen sowie den Stadtrat und den Finanz- und Rechtsausschuß. Wir wollen es damit entschuldigen, daß Kollege Hochmayr erst jetzt in den Gemeinderat gekommen ist. Wir wollen es so halten - es ist nämlich kein kleines Problem, welches da aufgerollt wurde - wie Bund und Land es in dieser Sache halten werden. Wir lassen uns vor keine vorschnelle Entscheidung stellen.

Ich bleibe bei meinem vorherigen Antrag, erst diese Frage zu beraten und entsprechend vorzubereiten.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Herr Kollege Lautenbach wünscht das Wort.

Stadtrat Georg Lautenbach:

Hoher Gemeinderat!

Heute, als wir diesen Bericht gehört haben, war es nicht nur erfreulich, zu vernehmen, daß das Budget ausgeglichen ist, sondern es widerspiegelt in seinen Zahlen und Werten auch das pulsierende Leben und die Dynamik der Entwicklung der Stadt. Es mutet mich daher komisch an, daß wir über kleine Fragen debattieren, wenn wir daran denken, wie umfaßend das Budget 1953 ist. Durch dieses Budget, bzw. dessen Durchführung können wir, wie Herr Bürgermeister immer zu sagen pflegt, die vielen Versäum-

nisse unserer Stadt wieder zu einem Teil beheben. Denken wir stets daran, daß die Stadt Steyr an einen großen Betrieb gebunden ist. Wenn es um diesen Betrieb finanziell schlecht gestellt ist, so geht es auch der Stadt schlecht, geht es dem Betrieb gut, so herrschen auch für die Stadt gute Zeiten.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß im heurigen Jahr große Leistungen im Straßen- und Wasserbau, bei der Errichtung von Kindergärten sowie im Schulwesen und Wohnbau vollbracht wurden. Auch bezüglich der Grundbeschaffung ist die Stadtgemeinde Steyr eigene Wege gegangen, um nicht nur im Augenblick etwas zu schaffen, sondern Platz für Wohnbauten künftiger Jahre zu haben.

Überall wurden im heurigen Budget größere Zahlen angesetzt als im vergangenen Jahr. Auch der Wohnbau wurde nicht vernachlässigt. Ich glaube, daß es jetzt nicht so sehr von Bedeutung ist, über die Subventionierung von öffentlichen oder privaten Kindergärten zu debattieren, sondern daß es wichtig ist, daß man etwas schafft, daß Kinder, die in fünf- bis sechsköpfigen Familien in einem Loch hausen müssen, endlich aus diesem Loch herauskommen. Alle verfügbaren Mittel, die eingespart werden können, sind für den Wohnbau vorzusehen, daß diese Menschen endlich zu einer Wohnung kommen. Es ist nicht zu leugnen, daß die Kinder auch im privaten Rahmen eine gute Entwicklung, bzw. Betreuung haben. Aber es bedeutet eine gewisse Gefahr, wenn wir in dieser Sitzung uns hinsichtlich der Unterstützung der Kindergärten festlegen und dadurch in den nächsten Jahren eine Lawine ins Rollen kommt.

Ich stelle daher namens meiner Fraktion den Antrag, den Antrag der ÖVP bezüglich der Kindergärten den zuständigen Ausschüssen zuzuleiten, und erst dann, wenn eine einvernehmliche Regelung zustande gekommen ist, sie wieder vor das Plenum zu bringen.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Wer wünscht noch zu sprechen? Herr Kollege Pönisch.

Gemeinderat Dipl. Ing. Johann Pönisch:

Werte Damen und Herren!

Die Frage des Kollegen Hochmayr ist in einer Form eingebracht worden, wie sie bei ähnlichen Problemen in diesem Hause bisher nicht üblich war. Wer die früheren Voranschläge in den vergangenen Jahren studiert hat, der mußte feststellen, daß der Voranschlag 1953 alle anderen Voranschläge überragt, insbesondere in der Hinsicht, was dabei für die Stadt geleistet wird. Die Leistungen seit 1945 sind so groß, daß sie von allen Fraktionen stets anerkannt wurden. Ich erinnere mich an Budgetberatungen, wo von vornherein die zustimmenden Erklärungen der einzelnen Fraktionen abgegeben wurden, und der Verlauf der Sitzungen sehr harmonisch war.

Ich stelle den Antrag, diesem Voranschlag bezüglich des ordentlichen Haushaltes zuzustimmen, und den Antrag des Kollegen Hochmayr zurückzustellen und den entsprechenden Stellen zur Beratung zuzuleiten.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Darf ich nun vorerst einzelne Anfragen beantworten, um dadurch die Debatte ev. zu verkürzen.

Gegen die Schaffung eines Komitees, daß sich mit den Maßnahmen für schulentlassene Jugendliche beschäftigen soll, ist nichts einzuwenden.

Wegen der Finanzierung eines Winternotbauprogrammes wurden bereits Verhandlungen geführt, wir wurden jedoch abgewiesen, weil Steyr nicht zu den Notstandsgebieten gehört. Die Arbeitslosigkeit in den anderen Städten ist viel grö-

Ger als bei uns. Leider, oder besser gesagt Gott sei Dank, haben wir relativ noch nicht viel Arbeitslose.

Die Projekte für den weiteren Ausbau des Wasserleitungsnetzes und der Kanalisierung sind eingereicht. Wir hoffen, daß unseren diesbezüglichen Ansuchen ein Erfolg beschieden sein wird.

Für die Kindergärten sind, wie Sie aus dem Budget ersehen, S 941.700.— ausgeworfen. Es ist dies ein schöner Betrag. Wenn Sie bedenken, daß 1945 nur 2 Kindergärten bestanden, und wir jetzt 9 haben, so müssen Sie das Gefühl haben, daß wir als Gemeindevertreter das Möglichste getan haben, um unsere Kinder unterzubringen. Das Bedürfnis nach Kindergärten ist bedeutend größer, zum Beispiel in der Waldrand-Siedlung und ähnlichen Gebieten, wo derzeit noch keine Gelegenheit besteht, daß die Kinder in Kindergärten geschickt werden können. Aber zwischen dem Notwendigen und dem Möglichen muß eben ein Trennungsstrich gezogen werden.

Mich überrascht der Weg, den man zur Erlangung von Subventionen für private Kindergärten eingeschlagen hat. Man hätte wohl vorher darüber sprechen können. Ich verweise darauf, daß die privaten Kindergärten ja ohnedies mit Subventionen beteiligt werden. Ich meine damit beispielsweise die Caritas, welche als caritative Einrichtung auch von der Gemeinde unterstützt wird.

Kollege Moser beklagt sich, daß einzelne Gehälter der Gemeindeangestellten sehr gering sind. Hiezu habe ich zu sagen, daß wir durch verschiedene Abmachungen mit dem Städtebund in dieser Hinsicht gebunden sind. Die Gemeinde Wels, welche hiebei über den vorgesehenen Rahmen hinausgegangen ist, wurde durch den Rechnungshof einer starken Kritik unterzogen, und es hat sich auch die Presse damit beschäftigt. Es entsteht außerdem noch der Nachteil, daß bei einer höheren Bezahlung Zuschüsse von Bund und Land um den mehr aufgewendeten Betrag gekürzt werden. Die Bundesangestellten sind nicht besser bezahlt, im Gegenteil, wenn eine Gemein-

de so splendid ist, diese Sätze zu überschreiten, bekommen sie vom Finanzminister auf Subventionsansuchen die Antwort, ihnen geht es ja besser als uns, was wollen sie denn. Ich würde gerne mehr bezahlen, aber wir haben das Geld nicht dazu und es ist, wie ich ja bereits erwähnt habe, ausdrücklich festgehalten, daß Gemeinden, welche die Gehälter überschreiten, diesen Betrag von den Ertragsanteilen wieder abgezogen bekommen.

Es ist, wie ich Ihnen hiemit bewiesen habe, daher auch für Gemeinden, welche derzeit finanziell besser stehen, ein Nachteil und ich möchte sogar sagen eine Unmöglichkeit, die Gehälter über den allgemeinen Rahmen zu erhöhen.

Herr Kollege Kokesch wünscht zu sprechen, ich bitte.

Gemeinderat Karl Kokesch:

In Anbetracht der Stellungnahmen zu dem Antrag des Kollegen Hochmayr beantrage ich, daß dieser Antrag der Geschäftsordnung unterworfen wird, und den zuständigen Ausschüssen zugeleitet wird.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Der Herr Finanzreferent wünscht noch etwas zu sagen.

Stadtrat Johann Schanovsky:

Ich möchte noch ein paar Aufklärungen geben. Es ist nicht möglich, den o. H. um S 120.000.-- für Kindergärten zu erhöhen und die Deckung hierfür aus dem a. o. H. zu nehmen, weil der a. o. H. ja bekanntlich mit einem Abgang von S 3,600.000.-- abschließt und, wenn diese Mittel nicht hereinkommen, ohnedies verschiedene Vorhaben nicht durchgeführt werden können. Darunter wird in erster Linie die Errichtung des Sportplatzes fallen.

Zu den Betrag von S 7.000.--, welchen Kollege Moser zum Anlaß für eine Anregung genommen hat, möchte ich sagen, daß es sich hierbei um die Bezahlung der Aushilfen, die für das Wahlamt benötigt werden, handelt. Sie sehen auf Seite 109 des Voranschlages diesen Betrag aufscheinen und er reicht für den vorgesehenen Zweck vollkommen aus.

Aber ich hätte noch eine Sache über welche ich sprechen möchte. Im allgemeinen Interesse gelegen, würde auch wohl noch die Einrichtung einer Städtischen Bücherei durch das Kulturamt sein. Es werden derzeit in Steyr von verschiedenen Stellen Büchereien unterhalten. Unter anderen werden vom Informations-Center Bücher umsonst verliehen. Diese Bücher finden jedoch vielfach nicht sehr viel Anklang, da sie oft der Geschmacksrichtung unserer Bevölkerung nicht entsprechen. Die Einrichtung einer Bücherei durch die Stadt würde bestimmt der ganzen Bevölkerung recht sein. Eine Bücherei ist an sich kaum ein gewinnbringendes Geschäft. Es ist daher schwer, daß eine Bücherei von privater Hand gut und zeitentsprechend geführt werden kann. Ich möchte auch in diesem Falle weitere Verhandlungen anregen. Diese Anregung ist jedoch nicht als Antrag aufzufassen.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Da der Antrag der ÖVP dem geschäftsordnungsmäßigen Weg zugewiesen wird, und eine weitere Wortmeldung nicht erfolgt, können wir zur Abstimmung schreiten.

Abstimmungsvorgang.

Ich konstatiere die einstimmige Annahme des Voranschlages 1953 hinsichtlich des o. H. und eröffne die Debatte über den a. o. H.

Ich bitte um Wortmeldungen. Herr Kollege Lautenbach.

Stadtrat Georg Lautenbach:

Ergänzend zu meinen vorher gemachten Ausführungen möchte ich noch ganz kurz sagen, es freut uns und mich, daß im a. o. H. 1953 weitere Mittel für das Wohnbau-Projekt enthalten sind. Aber worauf ich noch hinweisen möchte, was ich schon vorher angeführt habe, das Schicksal der Stadt Steyr hängt von der Vollbeschäftigung eines Großbetriebes, der Steyr-Werke ab. Ich erinnere mich an das Schicksal der Schweizer Städte im Jahre 1930 bei Rückschlägen in der Uhrenindustrie am Weltmarkt. Es herrschte dort immer das Bestreben, eine breitere Basis zu erreichen, um unabhängig vom Schicksal ihrer Großbetriebe zu sein. Das Gleiche gilt auch für unsere Stadt und wir müssen das bei der ganzen finanziellen Gebarung immer im Auge behalten. Bei diesem Budget ist es sehr erfreulich, wie vielseitige Aufgaben wir erfüllen und wie viel Versäumnisse wir nachholen können, ohne dabei in eine Verschuldung hinein zu schlittern. Es ist schön, daß uns das Budget erlaubt, größeren Aufgaben gerecht zu werden. Wir müssen jedoch auch an die Zukunft denken, insbesondere deswegen, weil Steyr eine Arbeiterstadt ist, welche besondere Maßnahmen bedarf. Wir müssen uns im finanziellen Rahmen des Möglichen halten.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Wer wünscht noch zu sprechen? Herr Kollege Sieberer, ich bitte.

Gemeinderat Michael Sieberer:

Ich möchte meine Freude darüber ausdrücken, daß es erstmalig möglich war, für den Bau der Ennsleiten-Schule S 3,000.000.-- einzusetzen. Es sind verschiedene Herren im Bild, welche traurige Schulverhältnisse auf der Ennsleite herrschen. Die Kinder haben keinen Turnsaal, sondern es steht ihnen nur ein Rasenplatz zur Verfügung, auf dem der Turnunterricht abgehalten werden kann. Gleich-

zeitig mit dem Schulbau wird es auch möglich sein, mit ganz geringen Mitteln, neue Wohnungen zu schaffen. Ich ersuche Sie um Zusammenwirken, damit der Schulbau in allernächster Zeit möglich wird.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Bitte, Herr Kollege Neumann.

Bürgermeister-Stellvertreter Prof. Anton Neumann:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Schulbau ist zweifellos notwendig. Jedoch soll bei der Reihung der Dringlichkeit erst der Wohnbau und dann der Schulbau kommen. Auch die Herren des Finanz- und Rechtsausschusses sind dieser Meinung. Und noch eines möchte ich sagen. Wenn man Schulen baut, so sollen dies jetzt keine Notschulen mehr sein. Diese Schule soll auf Jahrzehnte hinaus allen modernen Anforderungen entsprechen.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Herr Kollege Moser, ich bitte.

Stadtrat August Moser:

Sehr verehrter Gemeinderat!

Es ist sicher begrüßenswert, daß Mittel für den Ausbau des Versorgungsheimes und für Schulbauten zur Verfügung gestellt werden. Ich glaube niemand in diesem Saal kann sich der Notwendigkeit dieser Bauten verschließen. Etwas möchte ich jedoch noch aufzeigen, was mir von Bedeutung erscheint. Ich möchte daran erinnern, daß im Budget 1952 erst die Summe von S 1,000.000.-- für den Wohnbau eingesetzt war. In einer sehr eingehenden Debatte wurde dieser Betrag über Betreiben des Linksblockes

auf S 4,000.000.-- erhöht. De facto wurden jedoch nur S 1,000.000.-- verbaut, anstatt der vorgesehenen S 4,000.000.--, so daß diese ziffernmäßige Erhöhung nur ein Blendwerk darstellt. Ich möchte wünschen, daß diesmal wirklich die eingesetzten Mittel von S 6,000.000.-- auch verwendet werden. Es handelt sich hierbei um S 2,400.000.-- der Gemeinde Steyr, denn der auf S 6,000.000.-- erforderliche Rest soll durch Subventionen von Bund und Land beschafft werden. Diese ganzen S 6,000.000.-- sollen auch wirklich, ich betone es nochmals, heuer verbaut werden. Je höhere Mittel die Gemeinde selbst einsetzt und verwendet, desto höher werden auch die Zuschüsse von Bund und Land ausfallen. Um dies und andere dringliche Arbeiten durchführen zu können werden 1953 bereits S 10,000.000.-- aus den Rücklagen entnommen. Niemand wird sich der Notwendigkeit dieser Maßnahme verschließen können, denn wir müssen alles, was in unseren Kräften steht, einsetzen, um dem Wohnungsproblem entgegen zu treten.

Aus vorhergehenden Stadtrat-Sitzungen ist uns bekannt, daß es in Steyr Menschen gibt, die ihre Nächte auf Wachstuben verbringen müssen, oder auf einem Dachboden hausen, der nur durch eine Bretterwand notdürftig abgeschlossen ist.

Ich möchte die gesamte Gemeindevertretung bitten, die für den Wohnbau eingesetzten Ziffern nicht wieder als Blendwerk stehen zu lassen, und ihnen lediglich eine optische Bedeutung beizumessen, sondern diese Summen auch tatsächlich einzusetzen. Ebenfalls soll versucht werden, vom Bund Mittel zu bekommen, dann können wir wohl sagen, daß in dieser Beziehung alles getan wurde, was uns möglich war. Wenn diese Wohnungen fertig gestellt sein werden, dann möchte ich anregen, daß bei der Wohnungsvergabe der Gemeindevertretung, bzw. dem Gemeinderat ein Mitspracherecht eingeräumt wird. Soviel uns bekannt ist, geht die Wohnungsvergabe derzeit nicht ganz objektiv und unparteiisch vor sich. Sehr oft macht sich hierbei der Einfluß der

Mehrheitsparteien geltend.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch auf etwas zurückkommen, was bereits vorher erwähnt wurde. Trotz einer großen Anzahl von Arbeitslosen gehört Steyr unglückseliger Weise derzeit noch nicht zu den Notstandsgebieten, im Gegensatz zu Braunau. Die Arbeitslosenziffer ist jedoch ständig im Steigen begriffen. Ich möchte den Antrag stellen, daß diese Arbeitslosen mehr berücksichtigt werden, und zwar insoferne, daß ihnen für die Benützung der Autobusse Steyr-Münichholz Freifahrtscheine zur Verfügung gestellt werden, da sie wöchentlich 2 mal zum Stempeln in die Stadt kommen müssen und der zur Autofahrt erforderliche Betrag für sie eine finanzielle Einbuße bedeutet. Unter Umständen sollte man wenigstens die Bezieher einer Notstandsunterstützung mit Freifahrtscheinen beteiligen. Der Höchstsatz der Arbeitslosenunterstützung beträgt S 160.-- pro Woche. Wenn jemand jede Woche S 4.-- für den Autobus ausgeben muß, so stellt dies für ihn eine sehr schwere Belastung dar, und wenn er zu Fuß gehen muß, so reißt er so viele Schuhe zusammen, daß ihm die Reparatur noch viel teurer kommt.

Wir beantragen, daß die Gemeinde sich mit dieser Sache beschäftigt, und den Arbeitslosen weitgehendst entgegen kommt.

Sowie im vergangenen Jahre möchte ich auch heuer wieder darauf hinweisen, daß gerade die Vertreter der Mehrheitsparteien, die die Möglichkeit haben, mit der Regierung zu verhandeln, sich gegen die Auferlegung des Bundespräzipuums mit mehr Energie zur Wehr setzen sollten. Immer mehr Mittel werden auf diese Weise den Gemeinden weggenommen, die sie so dringend für Wohnbauzwecke verwenden könnten. Wir müssen uns immer zur Wehr setzen. Am besten hiezu ist der Städtebund, der dafür sorgen soll daß diese Belastung für die Zukunft abgewehrt wird. In Zeiten steigender Kosten und erhöhter Arbeitslosigkeit -

wir haben schon 200.000 Arbeitslose - werden wir in Zukunft mit größeren wirtschaftlichen Schwierigkeiten rechnen müssen.

Ich möchte noch, obwohl ich es schon einmal gemacht habe, besonders betonen, daß es mir bedenklich erscheint, für das Gaswerk S 1,000.000.-- auszugeben. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß wir uns diese Ausgabe noch sehr sorgfältig überlegen müssen - es handelt sich beim Gaswerk doch um deutsches Eigentum - und wir sehr vorsichtig sein sollten, ehe wir diese S 1,000.000.-- investieren, ohne uns zu vergewissern, daß die Gemeinde auch auf das Gaswerk einen entsprechenden Einfluß erhält. Insbesondere muß uns auch ein Einfluß auf die Preiserstellung eingeräumt werden. Wir können diese Summe nur dann riskieren, wenn uns in jeder Hinsicht auf das Gaswerk ein Einfluß zusteht.

Im allgemeinen sind wir mit der Erstellung des Budgets für den a. o. H. einverstanden und werden diesem Voranschlag unsere Zustimmung erteilen.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Darf ich noch einzelne Fragen beantworten.

Es wurde angeregt, daß die Schule auf der Ennsleite, welche sehr dringend benötigt wird, so bald als möglich in Angriff genommen werden soll. Die Vorarbeiten hiezu laufen bereits, und ich kann Ihnen versichern, daß mit den Arbeiten begonnen werden wird, so bald die Bauperiode beginnt. Die Schule wird als moderne Schule mit Turnsaal ausgeführt. In Wien wurden moderne Altersheime durch Architekt Piffl unseres Bauamtes besichtigt und jetzt hält sich dieser in Villach und Klagenfurt zur Besichtigung von modernen Schulen auf. Wir können also versichert sein,

daß diese Bauten in jeder Weise den modernen Anforderungen Rechnung tragen werden.

Die Wohnungsnot ist unvorstellbar groß. Man kann sich kaum denken, in welchem elendem Zustand die Mehrzahl der Wohnungen ist. Die Wohnungsnot vergrößert sich dabei laufend. Nach dem Bericht des Wohnungsausschusses kann wöchentlich nur eine oder höchstens zwei Wohnungen vergeben werden. Dabei handelt es sich vielfach auch nur um die Genehmigung eines Hausherrnvorschlages, die nach den Bestimmungen des Wohnungsanforderungsgesetzes erteilt werden muß, wenn der Hausherr einen Wohnungssuchenden, der in die Dringlichkeitsstufe I eingereicht ist, in Vorschlag bringt. Die Kollegen des Wohnungsausschusses sind gehandicapt und können sich nicht helfen, denn in den seltensten Fällen geschieht es, daß vom Hausherrn nicht ein Wohnungssuchender der Dringlichkeitsstufe I serviert wird. Es wird der Vorwurf erhoben, daß es bei der Wohnungsvergebung nicht ganz unparteiisch zugehen soll. Wer, meine Herren, meldet sich von Ihnen, freiwillig im Wohnungsausschuß mitzuarbeiten? Die Beamten, welche mit der Durchführung dieser Agenden betraut sind, halten es selbst mit starken Nerven höchstens 2 Jahre aus, dort zu arbeiten. Wir sehen dies vom Kirchwegger über Nahlik bis zu Luger. Es ist dies das unwiderrufliche Schicksal eines jeden, der sich mit Wohnungssachen beschäftigen muß. Wenn wir jetzt höhere Summen für den Wohnbau eingesetzt haben, so ist dies vorerst zum Teil wohl nur von optischer Bedeutung, weil wir abhängig davon sind, welche Bauten der Bund genehmigt und weil wir auf dessen Zuschüsse warten müssen. Bei vom Bund genehmigten Bauten erhalten wir 50 % Zuschuß, während wir sonst für die ganzen 100 % aufkommen müßten.

Ich nehme Ihnen Ihre Kritik nicht übel. Sie ist der Motor, uns noch mehr anzustrengen. Wir waren in diesen Angelegenheiten wiederholt in Wien. Es sind dort

600 Anträge vorgemerkt. Um einen Antrag dringend durchzubringen, dazu bedarf es schon vieler Mühe und Anstrengung und der Einsicht der Stellen, welche die Mittel gewähren. Kollege Moser sagt, daß der Voranschlag 1952 auch in punkto Wohnbauten sehr mager war und dann die für Wohnbauten vorgesehene Summe doch noch erhöht wurde. Die Ursache dafür war, daß zu diesem Zeitpunkt, als der Voranschlag beraten wurde, die Auswirkungen des Steuerermäßigungsgesetzes noch nicht bekannt waren. Wir glaubten damals, wir kämen dadurch in Schulden und müßten daher sparsam sein. Wir haben dann aber trotzdem eine große Summe für den Wohnbau einzusetzen beschlossen, obwohl wir nicht recht daran glaubten, diese auch realisieren zu können. Erst als wir gesehen haben, daß das Steuerermäßigungsgesetz nicht solche katastrophalen Folgen nach sich ziehen würde, erst dann konnten wir mit unserem Vorhaben beginnen. Es geht uns fast jedes Jahr, außer heuer so. Am Anfang des Jahres sind die Mittel spärlich und erst im letzten halben Jahr entschließen sich Bund und Land, ihre Zuschüsse zu geben. Heuer sind wir besser daran, da verschiedene Nachzahlungen gekommen sind, und wir über größere Summen verfügen.

Im Rahmen der Weihnachtsbeihilfe für die Bezieher der Notstandsunterstützung wurden diese auch in die Kohlenaktion einbezogen. Bezüglich der Verteilung von Freifahrtscheinen für die Arbeitslosen wäre eine generelle Regelung ungerecht, da es viele Fälle gibt, wo mehrere Familienmitglieder angestellt sind, und nur einer die Arbeitslosenunterstützung bezieht. Dieses Problem muß individuell geregelt werden.

Nun zum Bundespräzipuum. Man kann wohl sagen, es geht jedem Städter auf die Nerven. Leider ist der Bund der Stärkste, dann erst kommen die Länder und die Gemeinden als die Schwächsten. Nach 1947 war die Aufteilung 50 zu 50 der bundeseigenen Steuern. Im Laufe der Zeit wurden die Anteile der Gemeinden immer verkürzt, so daß

im Jahre 1953 der Bund 66 % und die Länder und die Gemeinden nur mehr 34 % erhalten. Die Zuschüsse des Bundes werden immer weniger. Es war diesbezüglich mehr als eine sehr ernste Debatte im Städtebund. Einmal ist Schluß und nun ist dieser Schlußpunkt auch erreicht. Es wurde auch im Beisein des Finanzministers eine sehr energische Sprache geführt. Sie waren bei dieser Sitzung nicht anwesend und haben daher den Eindruck, daß man sich zu wenig wehrt. Es sind einzelne Gemeinden in noch viel größerer Notlage als Steyr, z. B. dort, wo viele Bundesbetriebe sind und wo Spitäler in Gemeindeverwaltung stehen. Diese Gemeinden wehren sich auf das heftigste. Trotzdem konnte nur das erreicht werden, was im Bereich der Möglichkeit lag.

Bezüglich des Gaswerkes wurden vom Kollegen Moser Befürchtungen geäußert, daß wir zu wenig Einfluß auf das Gaswerk, bzw. dessen Führung hätten. Ich kann Ihnen dazu sagen, daß die Situation geklärt ist. Vor kurzem war Dr. Enzelmüller und ich bei Herrn Vizekanzler Schärf, weil die Amerikaner ihre Zustimmung zu dieser Neugründung an der die Gemeinde zu 50 % beteiligt ist, nicht geben wollten. Nach diesem neuen Vertrag kann ohne Gemeinde nichts beschlossen und nichts durchgeführt werden. Es ist diese Investition eine unbedingt notwendige Sache. Man mußte sich darum annehmen. Man hätte auch sagen können, das Gaswerk ist Deutsches Eigentum und man kann dabei gar nichts machen. Aber die Bevölkerung von Steyr hat kein Gas und eine Lösung mußte gefunden werden. Durch diesen neuen Vertrag ist alles sehr glücklich gelöst worden, und zwar dadurch, daß alle früheren Verträge aufgelöst wurden. Es ist damit ein vollkommen neues Fundament geschaffen worden. Der neue Gasofen befindet sich in Bestellung, da der alte schon zu sehr abgenützt war. Diese Öfen haben nur eine Lebensdauer von 6 bis 7, höchstens aber 10 Jahren. Wir mußten eingreifen, und durch die Vermittlung von Vizekanzler Schärf haben die Amerikaner auch ihre Zustimmung gegeben. Die Sache läuft nun in Ordnung.

Ich bitte Herrn Kollegen Schanovsky, der noch zu sprechen wünscht, das Wort zu ergreifen.

Stadtrat Johann Schanovsky:

Ich möchte noch etwas erwidern. Ich bin tief bestürzt, daß die positive Arbeit des Wohnbaues als Blendwerk bezeichnet wird. Ich muß dies auf das Nachdrücklichste zurückweisen. Wir haben für diese Zwecke S 4,000.000.-- im Jahre 1952 angesetzt und haben hievon bis zum Ende dieses Jahres fast S 3,000.000.-- ausgegeben. Diese Summen sind kein Blendwerk und ich muß Sie bitten, diese Anschuldigung zurückzunehmen. Das Bundespräzipuum, welches anfänglich in der Höhe von S 750,000.000.-- festgelegt werden sollte, wurde im Verhandlungsweg auf den Betrag von S 575,000.000.-- herabgesetzt.

Hinsichtlich der Gaswerksinvestition möchte ich noch sagen, daß es sich hierbei um eine Ausgabe im a. o. H. handelt. Es muß vor Ausbezahlung dieses Betrages, also ein entsprechender Antrag noch vorgelegt werden.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Bitte, Herr Kollege Moser:

Stadtrat August Moser:

Zu den Ausführungen meines Vorredners möchte ich sagen, daß es sich meiner Kenntnis entzieht, daß aus Gemeindemitteln S 3,000.000.-- anstelle von S 1,000.000.-- für den Wohnbau verausgabt wurden. Ich bitte mir eine diesbezügliche Aufstellung vorzulegen. Ich werde dann gerne bereit sein, die sachliche Richtigkeit festzustellen und meine Äußerung zurückzunehmen.

Bürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher:

Wir sind am Ende der Debatte. Wir stimmen ab.

Abstimmungsvorgang.

Einstimmig angenommen.

Wir sind am Ende der Tagesordnung. Sehr verehrter Gemeinderat, ich danke Ihnen aufrichtig für Ihre sachliche Mitarbeit. Insbesondere obliegt mir die angenehme Pflicht, dem Herrn Finanzreferenten für seine mühevollen Arbeit zu danken. Ebenso danke ich Herrn Baming, der ein sehr wertvoller Mitarbeiter ist. An der Spitze aller Beamten spreche ich noch Herrn Dr. Enzelmüller für seine Mitarbeit meinen Dank aus. Alle Angestellten und Arbeiter haben nach Kräften ihr Bestes für die Stadt geleistet. Auch an sie richtet sich mein Dank.

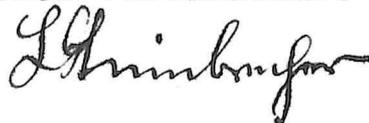
Nun wünsche ich Ihnen allen noch recht angenehme Feiertage und ein gutes Neues Jahr.

Stadtrat Johann Schanovsky:

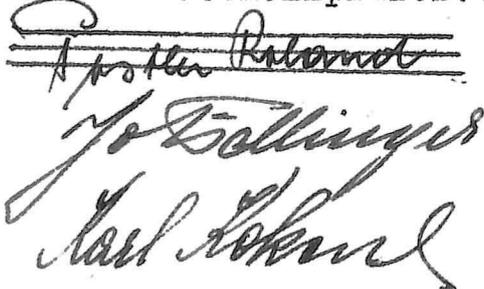
Ich glaube im Namen aller Anwesenden zu sprechen, wenn ich Herrn Bürgermeister recht frohe Feiertage und ebenfalls ein gutes Neues Jahr wünsche. **(Beifall)**

Ende der Sitzung : 17.45 Uhr.

Der Vorsitzende:



Die Protokollprüfer:.



Die Schriftführer:

